

II- 2508 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates
XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1281/J

1977 -05- 29

DRINGLICHE ANFRAGE

der Abgeordneten Dr. LANNER, DDr. KÖNIG, Dr. BUSEK, GLASER, Dr. ERMACORA
und Genossen
an den Bundesminister für Inneres
betreffend Serie von Raubüberfällen auf Geldinstitute und
Postämter

Österreich wird derzeit von einer Welle von Raubüberfällen auf Banken, Sparkassen und Postämter heimgesucht. Seit dem 1. Jänner d. J. wurden 51 solche Raubüberfälle auf Kreditinstitute und Postämter verübt. Damit sind innerhalb eines knappen halben Jahres weit mehr Banküberfälle bzw. Überfälle auf Postämter erfolgt als während des gesamten Jahres 1976. In mehreren Fällen - so zuletzt beim Überfall auf eine Wechselstube in Salzburg - haben die Täter nicht davor zurückgeschreckt, Geiseln zu nehmen, um so ihren kriminellen Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Nur bei einem geringen Teil dieser Serie von Raubüberfällen ist es gelungen, die Täter auszuforschen. Die erschreckend geringe Aufklärungsquote stellt geradezu eine Einladung für weitere "Amateur" - Kriminelle dar, einen Banküberfall zu versuchen. Trotzdem wurden noch keine energischen personellen und organisatorischen Maßnahmen ergriffen, um den Sicherheitsapparat instand zu setzen, eine wirksame Aufklärung der Banküberfälle zu erreichen. So werden

im Sicherheitsbüro der Wiener Polizeidirektion die Banküberfälle nach wie vor von einer Abteilung mit ca. 30 Kriminalbeamten bearbeitet, die zugleich auch mit der Aufklärung anderer Gewaltverbrechen in Wien belastet ist. Insgesamt gibt es derzeit in Wien ca. 950 Kriminalbeamte. Es ist nicht bekannt, daß auf Grund der nunmehr seit einem halben Jahr ununterbrochenen Serie von Raubüberfällen auf Banken und Postämter irgendwelche organisatorische Umstellungen innerhalb des Sicherheitsbüros erfolgt sind bzw. eine Sonderkommission zur Aufklärung der Banküberfälle eingesetzt wurde. Ein Ende dieser Banküberfalls-Serie ist aber nur dann zu erwarten, wenn die Aufklärungsrate und damit das Risiko für die Amateurverbrecher, gefaßt zu werden, wieder drastisch erhöht wird. Dies gilt ungeachtet der Tatsache, daß die Banken derzeit in Zusammenarbeit mit dem Innenministerium bemüht sind, bessere Sicherheitsvorkehrungen zur Abschreckung potentieller Täter selbst vorzusehen.

Die Sicherheitssituation in Österreich und insbesondere in Wien ist nicht erst seit der Serie von Banküberfällen besorgniserregend. Laut Sicherheitsbericht 1975 werden jeden Tag in Österreich 30 Einbrüche in Wohnungen verübt, wovon im Durchschnitt nur 9 Einbrüche aufgeklärt wurden. In Büro- und Geschäftsräume, Werkstätten, Fabriken, Bauhütten und Lagerplätzen wurden 16.204 Einbrüche verübt und im Durchschnitt nur ein Drittel aufgeklärt. Von den Verbrechen gegen fremdes Vermögen in Wien wurde 1975 nur jeder sechste Einbruch, Raub bzw. Diebstahl aufgeklärt. Das Risiko für Einbrecher in Wien gefaßt zu werden ist mit 15 zu 100 minimal.

In einer Anfragebeantwortung mußte der Innenminister zugeben, daß im Februar 1977 für die 21 Bezirke Wiens - außer der Inneren Stadt und Simmering - im Durchschnitt nur 9 Sicherheitswachebeamte pro Bezirk zum Hauptdienst kommandiert waren. Darunter sind Bezirke mit über 100.000 Einwohnern, für deren Sicherheit also im Durchschnitt nur rund 9 Sicherheitswachebeamte im Hauptdienst zuständig sind. Auch die Präsenz der Polizei in den Straßen Wiens, insbesondere in den Außenbezirken ist völlig unzureichend. An Werktagen bei Nacht sind es nur 39 Sicherheitswachebeamte, die jeweils zu zweit im gesamten Wiener Raum zum Schutz der Bevölkerung unterwegs sind. Auch die Zahl von 169 Fußpatrouillen bei Tag ist für eine Millionenstadt wie Wien mehr als ungenügend. Erst im Herbst 1975 war es auf Drängen der Opposition möglich, daß überhaupt Sicherheitswachebeamte für den Patrouillendienst freigesetzt werden konnten.

Die Sicherheitswachebeamten, die aufopferungsvoll ihren Dienst versehen, fühlen sich überfordert und von den verantwortlichen Stellen im Innenministerium im Stich gelassen. Die Politik des Innenministeriums, die Situation zu beschwichtigen, alle Klagen aus dem Exekutivkorps sowie der Bevölkerung abzuleugnen bzw. zu bagatellisieren, trägt nicht zur Beruhigung der Bevölkerung bei. In der Bevölkerung greift immer mehr ein Gefühl der Unsicherheit um sich. Umfragen, die vor der Serie von Banküberfällen durchgeführt wurden haben ergeben, daß 77% der Österreicher der Auffassung sind, daß derzeit mehr Verbrechen geschehen als früher.

In den 7 Jahren, in denen diese Regierung an der Macht ist, hat sie die innere Sicherheit immer nur als eine lästige Pflichtaufgabe betrachtet - in budgetärer, personeller und konzeptiver Hinsicht. Die Menschen in unserem Land haben aber nicht nur einen Anspruch auf einen sicheren Arbeitsplatz, sondern auch gleichrangig das Recht auf einen wirksamen Schutz ihrer persönlichen Sicherheit sowie ihres Vermögens durch den Staat.

Die Sicherheit der Bevölkerung wiederherzustellen, ist jetzt die vordringlichste Aufgabe der Regierung. Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Bundesminister für Inneres folgende

A n f r a g e :

- 1) Um wieviel Prozent ist die Zahl der Raubüberfälle auf Geldinstitute und Postämter seit dem 1.1.1977 gegenüber dem gleichen Zeitraum 1976 angestiegen?
- 2) Wieviel Prozent dieser Raubüberfälle konnten bisher aufgeklärt werden?
- 3) Welche organisatorischen und personellen Maßnahmen wurden in der Bundespolizeidirektion Wien getroffen, um endlich eine erfolgreichere Aufklärung der Serie von Banküberfällen in Wien zu erreichen?

- 4) Welche Maßnahmen haben Sie bisher ergriffen, um durch organisatorische Umschichtungen innerhalb der Exekutive mehr Sicherheitswachebeamte für die Verbrechensvorbeugung und -bekämpfung einzusetzen?

Gemäß § 93 der Geschäftsordnung des Nationalrates wird beantragt, diese Anfrage als dringlich zu behandeln und dem Erstunterzeichner Gelegenheit zur Begründung zu geben.